



Foto: J.&H. Kanty

Die Trierer SPD ließ im Mai dieses Jahres per Social Media verlautbaren: „Zukunft gesichert - SPD mit Ampel setzt Exhaus-Sanierung bis 2030 im Stadtrat durch“. Die Trierer Grünen brüsteten sich im Kommunalwahlkampf daraufhin ebenfalls stolz, dass sie den Ampelantrag zum eXhaus „Prüfen von Möglichkeiten“ im Dezember 2023 im Trierer Stadtrat vorangebracht haben.

Also alles in Butter, das eXhaus gerettet und das Aktionsbündnis eXhaus bleibt! hat sein Ziel erreicht und sich selbst überflüssig gemacht? Pustekuchen! Was die beiden damaligen Ampelpartner als das Erreichen eines großen Schritts verkauft haben, war lediglich der längst überfällige Schritt zur Einhaltung geltenden Rechts beim Erhalt eines denkmalgeschützten Gebäudes. Zwiespältig bleibt dabei, dass die damals bestehende Ampelkoalition aus Grünen, SPD und FDP nicht nur den Erhalt des Gebäudes und die Wiederkehr der Jugendarbeit im Sinn hatte, sondern auch die Option zum Einstieg von Privatinvestoren offen hielt und das Wort Jugendkultur lieber nicht erwähnt haben wollte. Also ist der Vorstoß der

Ampel mitnichten die „Rettung des eXhauses“. Es ist in erster Linie die Absichtserklärung die Bausubstanz retten zu wollen – über den Inhalt des Gebäudes, ob ruhiges Stadtteilzentrum oder sogar Wohnprojekt ist noch nichts gesagt. Und es ist nicht nur das Gebäude, was das eXhaus ausgemacht hat, sondern die Kombination mit der Jugend- und Jugendkulturarbeit als Inhalt.

Haus mit Geschichte

Blicken wir erst mal zurück. Das heutige eXhaus war Teil des Klosters St. Marien, erbaut im 7. Jahrhundert von Benediktinermönchen und wurde 1794, so wie der Rest von Trier, durch französische Truppen erobert. 1797 ließ Napoleon den Großteil des Klosters abreißen - alles bis auf den Ostflügel. In diesem Teil durfte, nachdem Trier ab 1815 zu Preußen gehörte, bis zum Ende des ersten Weltkrieges höheres Militär Stellung beziehen. Ein Umstand, dem das Gebäude bis heute seinen Namen Exzellenzhaus (kurz eXhaus) zu verdanken hat. Seit 1972 wurde das bis dato größtenteils ungenutzte und weit von der Innenstadt entfernte

Gebäude von jungen Menschen als Jugendtreff genutzt, später wurde von Aktiven der Exzellenzhaus e.V. gegründet, der das Haus betreiben sollte. Wir sprechen also von circa 1400 Jahren sehr wechselhafter Geschichte, die dieses Haus bereits überlebt hat.

Im eXhaus konnten über fast fünfzig Jahre Jugendarbeit und Jugendkulturarbeit, so wie es in Wunschvorstellungen und in jedem Sozialarbeiterhandbuch auf der Welt zu finden sind, Hand in Hand gelebt werden. Der Verein konnte durch sein bundesweit einmaliges Gebäude und einem Träger, der die verschiedenen Abteilungen unter einen Hut bekommen und klug miteinander vernetzen konnte, ein Angebot für einen benachteiligten Stadtteil und auch weit über die Stadtgrenzen hinaus schaffen. Zu diesem Angebot gehörten bis zur Insolvenz des Vereins 2019 ein Kinderhort, eine Medienwerkstatt, das Fanprojekt des auf der anderen Straßenseite im Moselstadion beheimatete Fußballregionalligist Eintracht Trier, Ferienfreizeiten und die Jugendkulturarbeit mit Bandproberäumen, vielseitigen Konzerten, Partys und vielfältigen Möglichkeiten kultureller Teilhabe. Dazu gehörte auch eine Stelle für das Streetworkprojekt „blue“ im Stadtteil Ehrang und die Proberäume im „Bunker“ in Trier-Nord.

Probleme vorhersehbar

Man muss kein Architekt sein, um zu ahnen, dass ein Gebäude, das älter ist als die allermeisten deutschen Großstädte, Probleme mit sich bringt.



1983 wurde das denkmalgeschützte Gebäude von der Stadt Trier aufwendig saniert. Ab 2015 wurde unter anderem begonnen, aufwendige Brandschutzmaßnahmen am und im Gebäude umzusetzen, darunter eine Brandschutzterasse vom Balkensaal auf den Parkplatz. Mit den Arbeiten für einen Fluchttunnel vom im Keller gelegenen großen Exil vor das benachbarte Nordbad wurde bereits begonnen. Während der Bauzeit konnten im sonst sehr gut besuchten Haus nur eingeschränkt Feiern, Veranstaltungen und Angebote stattfinden, die das Haus bis dahin finanzierten. 2018 stand der Verein deswegen erstmals vor der Insolvenz. Diese konnte mit der „Rettet das eXhaus“-Kampagne vorläufig abgewendet werden. Da die Bausubstanz fahrlässigerweise offenbar bis dahin nie wirklich überprüft wurde, konnte sich der holzerstörende Pilz namens Echter Hausschwamm jahrzehntelang ungehindert ausbreiten und an anderen Stellen wurde festgestellt, dass tragende Balken teilweise verkohlt waren. Dies hatte zur Folge, dass das Haus im August 2018 geschlossen werden musste. Der Verein musste schlussendlich nach vielen leeren Versprechungen von städtischer Seite über neue Räume als Übergang im Schießgraben, Insolvenz anmelden. Die einzelnen Angebote wurden, bis auf die Angebote der Jugendkultur, an

anderen Orten von anderen Trägern weitergeführt.

„Zustimmung in Trier war riesig“

Unmittelbar nach der Bekanntgabe der Insolvenz des Exzellenzhaus e.V. trafen sich im linken Treffpunkt Komplex - Infoladen Trier Menschen, die für die Wiederbelebung des eXhauses aktiv werden wollten. Darunter (nun) ehemalige Mitarbeiter*innen des Exzellenzhaus e.V., Stadtratsabgeordnete von Linkspartei und Grünen, Aktive aus dem Infoladen, darunter Kommunist*innen, Anarchist*innen und Bauchlinke. Hier wurde das Aktionsbündnis eXhaus bleibt! ins Leben gerufen. Geplant wurden Demonstrationen am Rathaus, um Druck auf die politischen Entscheidungsträger*innen im Kommunalparlament der kreisfreien Stadt zu machen. „Die Zustimmung in der Stadt war riesig“, erinnert sich Simon Becker, Mitglied der DKP Trier, der bei einer der ersten Demos am Rathaus eine Rede hielt, „wir als Kommunistische Partei haben das Aktionsbündnis von Anfang an tatkräftig unterstützt!“

Die Konstellation aus Grünen, CDU und Linksfraktion, die das eXhaus anfänglich unterstützte, weichte mit der Zeit auf. Erst sprang die CDU ab, später wussten die Grünen selbst nicht mehr so richtig, was sie

eigentlich wollten. Als klar wurde, dass es keine Mehrheit im Stadtrat mehr für die Wiederherstellung des eXhauses gab, rief das Aktionsbündnis ein Bürgerbegehren ins Leben. Dieses in der rheinland-pfälzischen Landesverfassung verankerte Instrument sollte den Bürger*innen mehr Mitbestimmung ermöglichen. Das heißt, wenn sich die Menschen nicht gehört fühlen, können sie Unterschriften von 5 % der Wahlberechtigten sammeln und dann wird demokratisch abgestimmt. Unterstützt wurde das Bürgerbegehren zum Erhalt des Gebäudes und der Wiederherstellung der Jugend- und Jugendkulturarbeit von lokalen und überregionalen Prominenten wie den Bands Jupiter Jones, Love A, Pascow, Popperklopper, den Autoren Frank Jöricke und Christian Baron, von den Spielern von Eintracht Trier, dem Trierer Original Helmut Leidecker und vielen anderen. Die Aktiven sammelten nun unter den schweren Bedingungen der gerade begonnenen Corona-Pandemie fast 7.000 Unterschriften und reichten sie bei der Stadt Trier ein. Trotz den vielen gültigen Unterschriften und ungeachtet dessen, dass das Aktionsbündnis sich im Vorfeld beim Rechtsamt der Stadt zur Gültigkeit des Bürgerbegehrens hat informieren lassen, hat das selbe Amt das Bürgerbegehren für nicht gültig erklärt und der Stadtrat ist dieser Erklärung, mit Stimmen von CDU und teilweise den Grünen, gefolgt.

Nach einem langen und kräftezehrenden juristischen Klagen durch alle Ebenen ist auch der Versuch, das eXhaus mit einem Bürgerbegehren zu retten, letztendlich gescheitert, obwohl davon auszugehen ist, dass die meisten Trierer*innen für das eXhaus gestimmt hätten. „Nicht wir sind gescheitert, die Bürgerbeteiligung, die Demokratie in Rheinland-Pfalz ist gescheitert“, kommentierte

das Aktionsbündnis eXhaus bleibt! nach der letztinstanzlichen Entscheidung die Pseudomitbestimmung durch das sogenannte Bürgerbegehren in Rheinland-Pfalz.

Und dann haben wir gedacht „wer trommelt denn da?“

Selbst erfahrene DKP-Mitglieder, wie Sigi Sommer, konnte berichten: „Ich habe noch nie erlebt, dass man in Trier mit irgendeinem Anliegen so viel Zuspruch wie beim eXhaus bekommen hat. Die Leute sind schon weitergegangen und wenn man dann gesagt hat, dass es fürs eXhaus ist, haben sie auf dem Absatz kehrt gemacht, sind zurückgekommen und haben unterschrieben.“

Viele Trierer*innen haben eine eigene Geschichte, eigene Verbindungen mit dem eXhaus. So auch ein Praktikant, der in den frühen 2000er Jahren im Jugendzentrum gearbeitet hat. Er berichtet von einem verhaltensauffälligen Jugendlichen, der dort betreut wurde. Die Betreuer*innen hätten sich gefragt, wer denn so laut im Haus trommeln würde. Am Schlagzeug im Balkensaal fand sich der besagte Jugendliche und trommelte laut Aussage des FSJlers „so, als hätte er nie was anderes gemacht“. Er sagte, dass der Junge daraufhin regelmäßig bei einem Schlagzeuger zu Gast war und lernte zu spielen und ergänzte „das sind Geschichten, die es ohne das eXhaus nie gegeben hätte“.

Kampfansage des Stadtrats

Der Ausverkauf der Stadt schreitet voran. Die Mieten werden teurer, Menschen werden nach und nach aus ihren Stadtteilen verdrängt und die Stadt scheint zunehmend den Fokus auf Hochkultur, Tourismus und eine glattgeleckte Innenstadt zu legen. Das ist eine Kampfansage des Stadtrats gegen die hier lebende Bevölke



Quelle: Instagram exhausbleibt

ung. Das eXhaus ist und bleibt Symbol einer ungemütlichen Subkultur und guter pädagogischer Arbeit, die nicht davor zurückschreckt, sich die Hände im sozialen Brennpunkt dreckig zu machen. Das eXhaus ist ein Herzstück dieser Stadt. Es war und ist zu retten, wenn der Druck groß genug ist. Durch den Druck, den das Aktionsbündnis immer weiter aufrecht erhalten hat und durch die vielfältigen Aktionen wurde schon eine Menge erreicht – die Politik ist im Zugzwang und die Geschichte des eXhauses nicht zu Ende.

Konni Kanty



Foto: J.&H. Kanty



Foto: J.&H. Kanty

Die Balaver wird herausgegeben von:

DKP
Deutsche Kommunistische Partei
in Karl Marx' Geburtsstadt

✉ trier@dkp-rlp.de

🏠 <https://dkptrier.wordpress.com>

📷 kommunistischepartei.trier

📺 DKP Trier

🎵 DKP Trier

📘 DKP Trier

Impressum: Balaver, V.i.S.d.P.: P. Drastik, Hornstraße 7, 54294 Trier



Für den Ausbau der Hornstraße und dem Kreisverkehr in Trier-West sollen auch GrundstückseigentümerInnen zahlen, wurde in der letzten Sitzung des alten Stadtrats beschlossen. Damit fließen in die Straßensanierung von Trier-West nicht allein öffentliche Gelder – auch BürgerInnen müssen ordentlich in die Tasche greifen.

„Das Rathaus ist nach dem Kommunalen Abgabengesetz (KAG) in Verbindung mit seinen eigenen Satzungen zur Erhebung wiederkehrender Beiträge zum Ausbau der Verkehrsanlagen verpflichtet, zur Finanzierung der Straßenbauprojekte Beiträge zu erheben“, heißt es auf Behördendeutsch in der öffentlichen Bekanntmachung. Aber von einer Verpflichtung kann keine Rede sein, wenn das KAG ausdrücklich nur eine Berechtigung vorsieht. Wer ein Grundstück besitzt, kann nach Ermessensspielraum der Stadtverwaltung ein zweites Mal (zuzüglich der Steuern) belangt werden, sich an Sanierungs- und Neubauprojekten beteiligen zu müssen. So geschieht es nun.

Als das Budget explodierte

Der Sparzwang, den sich die Stadt Trier durch den Schuldschnitt und Schuldenbremse gegeben hat, geht zu Lasten der Trierer Bevölkerung. Die

Kosten des Kreisverkehrs sollten bei 1,3 Millionen Euro liegen, doch explodierte dieser Betrag auf satte 3,7 Millionen Euro (eine Steigerung von mehr als 270%!). Um Fördermittel nicht verfallen zu lassen, werden nun alle Umbauten in einem gewaltigen Kraftakt durchgezogen.

Wer GrundstückseigentümerIn ist und auf diesem Grundstück lebt, wird diese Kosten leider selbst tragen müssen. Aber wer EigentümerIn ist und den Wohnraum vermietet, wird sicher alles versuchen, diese Kosten auf die MieterInnen abzuwälzen. Eine direkt mit den Beteiligungskosten verbundene Mieterhöhung ist nicht legal, aber damit ist nicht ausgeschlossen, dass Vermietende andere Wege finden, sich die Mehrkosten von den Mietern zurückzuholen. Das Gesetz über „Vereinbarungen über Betriebskosten“ im bürgerlichen Gesetzbuch lässt hier Spielraum.

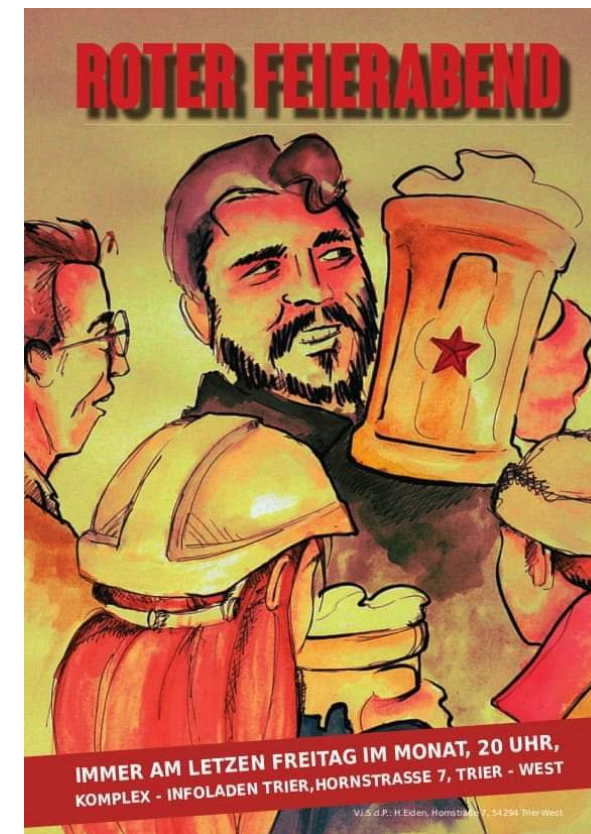
Auf juristischem Weg ist wenig bis nichts möglich. Auf parlamentarischen Rechtsweg sind die Weichen vorerst gestellt. Der am 9. Juni neu gewählte Stadtrat kann diesen Beschluss neu aufgreifen. Und damit er das tut, müssen sich die Betroffenen zusammenschließen und sich Gehör verschaffen!

Die Augenwischerei der AfD

Im Juni, kurz vor der Kommunalwahl, hat die sogenannte Alternative für Trier ein Flugblatt in Trier-West verteilt (liegt der Redaktion vor) und hat ebenfalls über diese Kostenabrechnung informiert. Mit dem völlig verschwurbelten Ausruf „Freiheit statt Sozialismus“ zeigte sich, dass die AfD Trier nichts verstanden hat. Denn was hier „Freiheit“ sein soll, ist genau das, was die Stadt plant: das viel zu geringe Budget musste auf die BürgerInnen ausgeweitet werden, weil wohlhabende Immobilienbesitzer nicht durch entsprechende Steuern behelligt werden. Die Kosten werden ungleich aufgeteilt. Das ist alles andere als sozialistisch – oder sozial. Denn ein „sozialistischer“ Straßenausbau würde bedeuten, dass die Kommunen sich nicht wegen einer bestehenden Schuldenbremse ein zweites Mal am Geldbeutel der TriererInnen bedienen müssten.

Der 31. Dezember 2024 ist Stichtag, an dem das erste Mal die bereits entstandenen Kosten geprüft werden. Das heißt, dass der Ausbau munter vorangetrieben wird und die Kosten, an denen sich die entsprechenden BürgerInnen zu beteiligen haben, noch nicht einmal beziffert sind! Für viele Menschen, gerade in Trier-West, werden diese Ausbaukosten eine extreme Belastung bis zur Existenzbedrohung darstellen. Und das nur, weil die Stadt auf Teufel komm raus eine Regelung nutzt, weil die Schuldenbremse die Budgets versperrt.

Christian Lühr



Stress auf der Arbeit, wieder viel zu viele Überstunden gemacht und den Chef interessiert mal wieder nicht wie es Dir geht? Stress in Ausbildung oder Schule? Wir kennen das!

Und was hilft besser gegen all den Scheiß auf der Arbeit als ein Bier unter Gleichgesinnten. Daher laden wir Dich zu unserem Roten Feierabend ein!

Egal ob Du Dich über den Job auskotzen oder einfach nur in entspannter Atmosphäre ein kühles Bier oder ein anderes Kaltgetränk genießen willst, Du bist herzlich eingeladen.

Du willst die Herausgabe der „Balaver“ unterstützen?

Wir freuen uns über eine einmalige oder dauerhafte Spende!

Nutze einfach folgende Bankverbindung und den Verwendungszweck „Spende“:

Deutsche Kommunistische Partei Trier

IBAN: DE92 5855 0130 0001 1109 23

BIC: TRISDE55XXX



Eisch hann schon widda die letzt Balaver verpasst.

Dann schreib halt mol en Mail dau Fupp.

Schon wieder die neuste Balaver verpasst? Das muss nicht sein!

Schreib uns eine Email an balaver@riseup.net und erhalte die neuste Ausgabe als PDF per Email oder ausgedruckt in deinem Briefkasten.



Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die Kommunalwahlen sind vorbei und auch in Trier hat es einen deutlichen Rechtsruck gegeben. Viele Menschen leiden unter den immer stärker auf dem Geldbeutel lastenden Krisen- und Kriegskosten. Sie leiden unter den Sparplänen der Ampel, sie leiden, weil sie aus ihren Vierteln verdrängt werden und ihre bezahlbaren Wohnungen Luxusappartements weichen müssen.

Möglicherweise sind sie auch empört über die zunehmende Einschränkung der Meinungsfreiheit, über die Verbrüderung der großen Parteien, denen nichts einfällt außer mit stumpfen Moralreden vor dem Rechtsruck zu warnen. Ein Rechtsruck, den sie selbst vorbereitet und verursacht haben durch ihre Politik der sozialen Kürzung, des Krieges und der Spaltung.

Um etwas zu tun gegen die real schärfer werdende Konkurrenz unter den Menschen, wie z.B. bei Wohnraum, Arbeits- und Ausbildungsplätzen, suchen viele ihre Antworten in rechten und autoritären Parteien wie CDU, AfD oder Freie Wähler. Sie suchen nach einem nie existent gewesenem Idealzustand, der wiederhergestellt werden soll, einem Zurück zum als besser wahrgenommenen Früher. Sie suchen nach diesem besseren Leben bei jenen Parteien, die nicht die Interessen der ArbeiterInnen, sondern die der Banken- und Konzernmonopo-

le vertreten. Es fehlt ihnen der Glaube und die Hoffnung an etwas besseres als das bestehende, kapitalistische System. Daher wählen Sie ein weiter so in anderen Farben, statt einen Aufbruch ins Neue. Der DKP ist es nur in geringem Umfang gelungen, dies zu ändern.

Auf einmal sind alle AfD

Wir wollen nicht so tun, als wären SPD und Grüne eine linke Alternative. Denn sie sind es, die gemeinsam mit der FDP den Ausverkauf des eXhaus befördert haben. Sie sind es, die kein Geld in die Jugend, in den sozialen Wohnungsbau oder in den Ausbau von Kitaplätzen stecken wollen. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die örtlichen Akteure sich ihren Landes- und Bundesvorständen in Sachen Spar- und Kürzungspolitik anschließen werden. Es braucht zur Zeit nämlich keine AfD um AfD-Politik umzusetzen. Von SPD, Grünen und FDP hört man zur Zeit die selben Töne wie von CDU und AfD. Härtere Gängelung von Arbeitslosen und das Leben für MigrantInnen möglichst unangenehm machen, um von sozialen Kürzungen abzulenken, welche gerade alle ArbeiterInnen massiv treffen.

Es ist nicht zu erwarten, dass sich die Ampel-Fraktionen künftig gegen den lokalen Sozialabbau stellen werden. Vielmehr erwartbar wird sein, dass

sie dem bundesweiten Sparkurs, der in Trier bereits vor der Wahl durch die unsäglich Schuldenbremse besiegelt wurde, an die BürgerInnen weitergibt. Das heißt auch zukünftig: Marode Straßen, veraltete Schulen, Mangel an Kitaplätzen und keine neuen Orte für Jugendliche.

Der jüngste Skandal um die verschimmelten Räume der Eberhard-Schule ist nur ein Beleg dafür, dass die Stadt Trier nicht sparen, sondern dringend investieren muss, um dem Sanierungstau gerecht zu werden. Luxusprojekte wie der Umbau des Porta-Nigra-Vorplatzes dienen nicht den Interessen der BürgerInnen, sondern nur dem Prestige der Stadt, die vorwiegend darauf setzt, dass sich TouristInnen wohlfühlen – auf Kosten der EinwohnerInnen.

Rechtsruck trifft ArbeiterInnen

Der Rechtsruck, der sich in Trier vollzogen hat, trifft in erster Linie die arbeitende Klasse. Statt Ende der Schuldenbremse, Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Jugend wird der neoliberale Sparkurs wohl fortgesetzt, im schlimmsten Fall weiter ausgeweitet werden. Das geht zu unseren Lasten. Wer sich keine Wohnung auf dem Petrisberg oder vergleichbaren Vierteln leisten kann, der muss sich wohl auch die nächsten Jahre mit einem Mangel an Sportplätzen und mangelnder Infrastruktur sowie sanierungsbedürftigen Schulen abfinden.

Die Linkspartei wird es als einzige linke Kraft im Stadtrat nicht schaffen, entscheidende Impulse zu setzen, auch wenn die Partei DIE PARTEI in manchen Belangen potentieller Bündnispartner sein kann. Um das eXhaus zu retten oder andere, dringend notwendige Dinge im Sinne der Bevölkerung anzugehen, wird dies nicht reichen.

Eins ist sicher: Der Sparkurs wird nicht die Reichen treffen, denn wir sitzen nicht alle im selben Boot.

Wahlen sind nur ein Teil

„Wenn Wahlen etwas bewirken würden, wären sie verboten“, dieses Zitat von Kurt Tucholsky kennen wohl die meisten. Ganz korrekt ist das nicht, zutreffender wäre, dass Parteien verboten werden würden, die tatsächlich vorhaben, dieses System in seinen Grundfesten zu erschüttern. Etwas Wahres ist aber dran an diesem Zitat, denn Wahlen ändern tatsächlich in den meisten Fällen nichts. Der Kapitalismus gibt die Spielregeln vor und die heißen: Möglichst effektive Ausbeutung der ArbeiterInnen zur Profitsicherung der Kapitalisten. In den Medien begegnet uns das meist unter dem Begriff „Standortvorteil“. Profitieren von diesem Wirtschaftsstandort allerdings nicht die ArbeiterInnen, sondern eben die Kapitalisten, denen möglichst günstige Bedingungen geboten werden um zu produzieren, wie z.B. eine geringe Gewerbesteuer. Dieses Geld fehlt dann den Kommunen, die statt von der angesiedelten Wirtschaft zu profitieren, Grund und Boden verkaufen müssen.

Warum das Ganze? Weil wir in einem System der Konkurrenz leben und wer nicht mitspielt, der verliert seinen Standortvorteil eben an andere Städte und Kommunen. Wer also nicht mit dem Kapitalismus brechen will, der muss in ständiger Konkurrenz die optimalen Bedingungen für seine Kapitalisten anbieten und den ArbeiterInnen so viel Butter vom Brot wegsparen, wie möglich. Dieser Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaften ist auf kommunaler Ebene schlichtweg nicht möglich. Aber eine gerechtere Verteilung von Kosten, Steuern, Beteiligungssätzen und Investitionen im Sinne der

Bevölkerung wäre durch eine stark im Stadtrat vertretene DKP bereits hier und heute möglich.

Wahlantritt war ein Erfolg

Wir sind nicht betrübt über den Ausgang der Wahl. Obwohl wir lediglich drei KandidatInnen auf der Liste stehen hatten, haben sich einige Menschen dazu entschieden, unsere Liste zu wählen und auch die Einzelstimmen der KandidatInnen werten wir als positiv aus. Wer unseren Wahlkampf verfolgt hat, der weiß: Es ging uns nicht primär um den Einzug in den Stadtrat, sondern darum die Möglichkeit zu nutzen, in einer politisierten Zeit mit den Menschen in Kontakt zu kommen. Sie aufzuklären über die Machenschaften von SPD und Grünen, die ohne Scham das eXhaus verhökert haben wollen. Die die Menschen auf Social Media belügen und sich als angebliche Retter zu inszenieren. Die nichts gegen zunehmende Privatisierung und Verdrängung unternehmen, sondern eine Saubermannstadt für

reiche Luxemburg-PendlerInnen und TouristInnen wollen, statt einer Stadt für uns alle.

Die Wahl hat uns gezeigt, dass es Menschen in Trier gibt, die sich eine konsequente, sozialistische Alternative wünschen. Die erkannt haben, dass die Gründe für Krieg, Krise, Ausbeutung keine Naturkatastrophen sind, sondern ihre Ursache im Kapitalismus haben. Die den Ausverkauf ihrer Stadt nicht hinnehmen wollen.

Daher blicken wir positiv auf die Wahl und den Wahlkampf zurück und möchten uns bei allen Menschen bedanken, die uns hierbei unterstützt haben. Wir haben vor der Wahl politisch für die BürgerInnen aus Trier gearbeitet und wir werden es auch nach der Wahl weiterhin tun. Wir werden weiterhin, im Gegensatz zu den anderen Parteien, auch außerhalb des Wahlkampfes Infostände und Veranstaltungen für die Trierinnen und Trierer veranstalten. Denn: Steter Tropfen höhlt den Stein. Und so werden auch wir weiter kämpfen. Gestern, heute, morgen.

Philippe Drastik

Hauptforderungen der DKP zur vergangenen Stadtratswahl

Exhaus bleibt!

Skatehalle fördern!

Wohnraum für alle!

**Kostenlose
Freizeitmöglichkeiten!**

Autofreie Innenstadt!

ÖPNV ausbauen!

Radwege ausbauen!

**Katastrophenschutz
stärken!**



BUCHVORSTELLUNG **DIE LAGE**

MESUT BAYRAKTAR



17. OKTOBER
18:30 UHR

“Waren es nicht immer die
Mütter, die in großen
Revolutionen als Erste auf
die Barrikaden gingen und
als Letzte die Barrikaden
verließen?”

Aus der Erzählung *Die Mutter*